



# EINSICHT IN DIE EIGENE BEGRENZTHEIT

## Christen bringen die deutsch-polnische Versöhnung voran

Wenn Deutsche, Polen und Russen sich der gemeinsamen Vergangenheit erinnern, ist das eine heikle Angelegenheit. Die traumatischen Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Krieges wirken bis heute nach. Bearbeitet wird diese Vergangenheit in Erinnerungskulturen, die sich erheblich voneinander unterscheiden. In Deutschland wurde vor allem die nationale Verantwortung für die Vernichtung der europäischen Juden zum Thema. Mit dem Berliner Holocaust-Denkmal erhielt dieses Gedenken einen zentralen Ort. Zum wichtigsten Referenzdatum der Geschichtswissenschaft avancierte der 30. Januar 1933 als Datum der „Machtergreifung“ und Beginn der „Gleichschaltung“. Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 findet weniger Aufmerksamkeit.

In Russland ist dieses Datum noch schwächer im öffentlichen Bewusstsein. Für die Sowjet-Geschichtsschreibung begann der „Große Vaterländische Krieg“ erst mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Der Hitler-Stalin-Pakt und die Aufteilung Polens kamen höchstens als Vorgeschichte in den Blick, während stalinistische Verbrechen jahrzehntelang tabuisiert und geleugnet wurden.

In Polen konnte sich eine eigenständige Erinnerungskultur erst nach 1989 entwickeln. Im September 1939 begannen aus polnischer Perspektive zwei Besatzungen: eine deutsche im Westen und eine russische im Osten des Landes. Die Erinnerung daran ist verbunden mit der Deportation und Ermordung nicht nur der jüdischen Bevölkerung, sondern auch der Intelligenz, der politischen und militärischen Elite und vieler katholischer Priester. Dass diese Opfergruppen in Deutschland mitunter in den Hinter-

grund rücken, wird in Polen kritisch registriert. Im Mittelpunkt des Gedenkens steht in Polen der „Warschauer Aufstand“ der polnischen Heimatarmee gegen die deutsche Besatzung im Spätsommer und Herbst 1944. In Deutschland wird dieses Ereignis häufig mit dem Aufstand der jüdischen Kampforganisation im Warschauer Getto verwechselt.

Heute spielt in Polen besonders das Misstrauen gegenüber dem mächtigen russischen Nachbarn eine wesentliche Rolle – genauso wie im-

mer wieder aufkommende Zweifel an der Solidarität der westlichen Verbündeten. Ängste vor einem deutschen Revisionismus entzündeten sich in jüngster Vergangenheit an Entschädigungsforderungen von Vertriebenenorganisationen und an den Diskussionen um das geplante Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung in Berlin.

Provokationen, Missverständnisse und Instrumentalisierungen der Vergangenheit erschweren bis heute die deutsch-polnisch-russische Ver-

### IN DIESER AUSGABE:

„Aktion Weichsel“  
wirkt bis heute nach

Arbeitskreis Kirche  
und Wirtschaft

ständigung. Versöhnliche Signale gingen in der Vergangenheit häufig von Christen aus. Die von Lothar Kreyssig initiierte Aktion Sühnezeichen hat einen entscheidenden Beitrag zur Vertrauensbildung geleistet. Die EKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ beeindruckte 1965 dadurch, dass erstmals die Option eines „Verzichts“ als deutscher Beitrag zu einer europäischen Friedensregelung vorgeschlagen wurde. Ähnlich aufsehenerregend war die im selben Jahr ausgesprochene Einladung der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder zur 1000-Jahrfeier Polens. Nach der eher fragwürdigen Entfaltung einer rein katholischen Nationalgeschichte Polens gipfelte der Brief in einer Formulierung von beeindruckender Weitherzigkeit: „Wir gewähren Vergebung und wir bitten um Vergebung.“

In der jüdisch-christlichen Tradition wird der sorgfältige Umgang mit der Erinnerung kultiviert. Erinnerung ist ein biblisches Grundmotiv: Geschichtliche Erfahrungen müssen tradiert und von jeder Generation neu angeeignet und verarbeitet werden. Zu einer christlich geprägten Erinnerungskultur gehören Sensibilität für die Schwachen, Respekt vor den Opfern, das Bewusstsein eigener Fehlerbarkeit und Schuld, Versöhnungsbereitschaft sowie die Einsicht in die Begrenztheit der eigenen Perspektive. Wünschenswert ist eine europäische, nicht national verengte Erinnerungskultur. Den Kirchen könnte dabei tragende Bedeutung zukommen – vorausgesetzt die ökumenischen Bemühungen orientieren sich nicht primär an konfessionellen und ethnischen Grenzen und bleiben offen für den interreligiösen Dialog, vor allem mit dem Judentum. *Christoph Picker*



Erinnerungskultur in Polen: Mahnmal für deportierte Ukrainer.

(Foto: pv)

## EDITORIAL

Wenn Kirche und Wirtschaft sich als zwei getrennte Systeme begreifen, schadet das beiden. Die Kirche ist theologisch allein dem Evangelium verpflichtet. Aber als Organisation braucht sie zusätzlich wirtschaftliche Kompetenz. Nicht nur, um mit ihren Ressourcen verantwortlich umzugehen, sondern auch, um ernst genommen zu werden, wenn sie zu gesellschaftlichen Fragen Stellung nimmt.

Der Wirtschaft geht es um die Bereitstellung der äußeren Grundlagen des Lebens. Dazu ist ökonomischer und technischer Sachverstand notwendig, aber nicht hinreichend. Sinnvolles Wirtschaften erfordert gesellschaftliche und weltanschauliche Orientierung. Nicht nur weil viele unternehmerische oder wirtschaftspolitische Entscheidungen ethische Implikationen haben und weil die Wirtschaft auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen ist, sondern vor allem deshalb, weil sich Sinn und Ziel des Wirtschaftens nicht von selbst verstehen. Produktion, Wachstum, Leistung, Gewinn, selbst Wohlstand, sind keine Werte an sich.

Wenn es um die Sinnhorizonte des Wirtschaftens geht, sind aus der biblischen Tradition besonders die Kategorien Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Menschenwürde zur Geltung zu bringen. Auch ein prinzipieller Vorrang der Schwachen – in klassischer Formulierung die „Option für die Armen“ – kann aus theologischen Gründen nicht zur Disposition stehen. Solche Vorstellungen scheinen mitunter weit entfernt von ökonomischer Rationalität. Will man beides sinnvoll aufeinander beziehen, muss



Akademiendirektor Christoph Picker.

man genau hingucken und nach konkreten Handlungsoptionen suchen.

Die Evangelischen Akademien bieten dafür ein Forum. In der Pfalz tun wir das mit einem „Arbeitskreis Kirche und Wirtschaft“ (siehe Seiten 4 und 5), mit der Unterstützung einer Consulting-Akademie Unternehmensethik für Studierende und mit einzelnen Tagungen, aktuell mit einem Akademiegespräch zum Thema „Sozialstaat und freie Wirtschaft“ und mit einer Tagung zur Entwicklung der Zuwanderungsgesellschaft (siehe Rückseite). Gegenwärtig arbeiten wir am Konzept einer „Jungen Akademie Verantwortliches Wirtschaften“ – und suchen dafür nach geeigneten Partnern.

Ihr

*Christoph Picker*

## HAUSMITTEILUNG

Das katholische Pendant zur Evangelischen Akademie der Pfalz hat seit dem 13. September einen neuen Leiter. Direktor der Katholischen Akademie Rhein-Neckar und des Heinrich-Pesch-Hauses in Ludwigshafen ist Johann Spermann, bisher Pfarrer der Katholischen Hochschulgemeinde Würzburg. Der 41-jährige Theologe und Psychologe löst Tobias Karcher ab, der die Leitung eines spirituellen Zentrums im Kanton Zug übernimmt. Spermann gehört dem Jesuitenorden an, der mit der Diözese Speyer sowie der katholischen Gesamtkirchengemeinde Ludwigshafen und Mannheim zum Trägerverein gehört. Wir arbeiten mit der Katholischen Akademie Rhein-Neckar beim Speyerer Herbstforum, im Christlich-Islamischen-Gesprächskreis und im Arbeitskreis Kirche und Wirtschaft zusammen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/60 20-0, Fax: 0 62 32/60 20-22, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Christoph Picker  
**Redaktion:** Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck  
**Verlag:** Evangelischer Presseverlag Pfalz GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44  
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

## BILDUNG ALS AUTOPOIESIS

**Unsere Sprache verfügt über zahlreiche Begriffe, um den pädagogischen Prozess zu beschreiben, wie etwa Wachstum, Reifung, Erziehung, Entwicklung, Bildung und so weiter. Diese Begriffe akzentuieren aber durchaus unterschiedliche Aspekte, so etwa Erziehung und Bildung, die durch Poiesis- beziehungsweise Autopoiesis-Aspekte charakterisiert sind.**

In der griechischen Mythologie tritt Prometheus als Feuerbringer auf, zugleich ist er der Schöpfer, der den Menschen aus feuchtem Lehm formt. Beim römischen Dichter Ovid lesen wir: „Da trat der Mensch in die Welt, sei es, dass ihn aus göttlichem Samen jener Baumeister des Alls, der Schöpfer einer besseren Ordnung, hervorgehen ließ oder dass die junge, eben erst vom hohen Äther getrennte Erde noch Samenkörner des verwandten Himmels enthielt. Diese Erde formte, vermischt mit Wasser vom Flusse, Prometheus nach dem Bilde der alles regierenden Götter. Und während die anderen Wesen gebeugt zu Boden blickten, gab er dem Menschen ein hoch erhobenes Antlitz, hieß ihn den Himmel betrachten und sein Gesicht stolz zu den Sternen erheben. So nahm ein eben noch roher, ausdrucksloser Erdenkloß, verwandelt, die bis dahin unbekanntes Züge der Menschen an.“

Dieser erste Schöpfungsakt ist dem Töpfers fern vergleichbar. Im keramischen Gestalten verbinden sich alle vier Naturelemente. Die Ausgangsmaterie ist Ton, der mit Wasser geformt wird. Das fertige Produkt muss an der Luft trocknen, bevor es im Feuer gebrannt wird. Handwerker und Erzieher stellen mittels verschiedener Erziehungsmethoden beziehungsweise Handwerks-techniken das Objekt her. Das Schneiden junger Triebe bezeichnet der Gärtner beispielsweise auch als „Erziehungsschnitt“. Das Material setzt der Bearbeitung einigen Widerstand entgegen, darum muss „aufgebaut“, „aufgepfropft“ oder „umgeformt“ werden. Der Wortstamm „ziehen“ verweist auf die handwerkliche Herkunft der poetischen Pädagogik.

In autopoietischer Perspektive hingegen entfaltet sich das Subjekt durch die Entwicklung seiner Anlagen selbst, evolutionäre und selbstorganisatorische Prozesse können unter kontingenten und chaotischen Bedingungen stattfinden. Der Neuplatonist Plotin beschrieb Bildung aus Sicht der Eigentätigkeit: „Kehre ein zu dir selbst und sieh dich an; und wenn du siehst, dass du doch nicht schön bist, so tue wie der Bildhauer, der von einer Büste, die schön werden soll, hier etwas fortmeißelt, hier etwas ebnet, dies glättet, das klärt, bis er das schöne Antlitz an der Büste vollbracht hat: So meißle auch du fort,

was unnützlich und richte, was krumm ist, das Dunkle säubere und mach es hell und lass nicht ab, an deinem Bilde zu handwerken, bis dir hervortritt der göttliche Glanz der Tugend.“

Die Idee menschlicher Selbstbildung war für den Humanismus wesentlich. Pico della Mirandola ließ den Schöpfergott zu den Menschen sprechen: „Du bist durch keinerlei unüberwindliche Schranken gehemmt, sondern du sollst nach deinem eigenen Willen, in dessen Hand ich dein Geschick gelegt habe, sogar jene Natur dir selbst vorherbestimmen. Ich habe dich in die Mitte der Welt gesetzt, damit du von dort bequem um dich schaust, was es alles in dieser Welt gibt. Wir haben dich weder als einen Himmlischen noch als

einen Irdischen weder als einen Sterblichen noch als einen Unsterblichen geschaffen, damit du als dein eigener, vollkommen frei und ehrenhalber schaltender Bildhauer und Dichter dir selbst die Form bestimmst, in der du zu leben wünschst.“ Der Gebildete wurde als seine eigene Schöpfung betrachtet.

Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstbildung sind im Humanismus eine unauflösliche Einheit.

Der metaphorische Vergleich des Philosophen Plotin in Bezug auf Bildung und Bildhauen macht deutlich: Bildung ist Formen und Gestalten an sich selbst, einem künstlerischen Akt ähnlich. Plotins Zitat führt aber noch auf eine andere Spur: Der am Bildhauen orientierte Selbstbildungsakt findet nicht beliebig und zufällig statt, sondern folgt einem innerlich vorgegebenem, einem Bild, das von göttlichen Zügen geprägt und im Stein eingeschlossen ist. Als ein dritter Faktor können schließlich äußere Einflüsse angesehen werden, etwa die Art und Qualität der Werkzeuge oder die Wahl des Ortes, das Atelier, die Werkstatt oder die freie Natur.

Die Junge Akademie ist ein solcher Ort, an dem die Teilnehmer sich selbst formen und ihren Wesenskern herausarbeiten können. Die Quintessenz dieses Bildungsverständnisses drückt sich trefflich in einem Wort eines großen Alten aus, auf dessen Schultern die gesamte Geistesgeschichte aufruhet: „Dass du es aber nicht kannst, sage nur niemals. Denn so Gott will und du wacker bist, wirst du es können.“ Nachzulesen in Platons Theaitetos. *Katrin Platzer*

**Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstbildung sind im Humanismus eine unauflösliche Einheit.**

**M**ehr als 140 000 Ukrainer wurden aus den zentralen und südöstlichen Gebieten Nachkriegspolens deportiert und in den ehemals deutschen Gebieten angesiedelt. Einen Großteil der von Ukrainern bewohnten Gebiete hat Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verloren. Im Osten Polens verblieben aber noch einige hunderttausend zum ukrainischen Kultur- und Sprachkreis zählende Einwohner, die vormals zu unterschiedlichen Staaten gehört hatten und nicht wie die Polen römisch-katholisch, sondern teilweise griechisch-katholisch, teilweise orthodox waren.

Da die Nationalitätenpolitik der kommunistischen Regierung vorsah, Polen in einen ethnisch homogenen Staat umzugestalten, schien die beste Lösung die Umsiedlung der Ukrainer in die Sowjetunion. Die Voraussetzungen wurden geschaffen durch das Abkommen vom 9. September 1944 zwischen der Ukrainischen Sowjetrepublik und dem „Polnischen Komitee zur Nationalen Befreiung“. In den Jahren 1944 bis 1946 siedelte man die ukrainische Bevölkerung in die Ukrainische Sowjetrepublik um. Da es aber auch nach der Umsiedlung noch Hunderttausende Ukrainer im neuen Polen gab, entstand schon im Herbst 1946 der Plan, diese in den ehemaligen deutschen Ostgebieten anzusiedeln. Die Vorbereitungen dazu begannen im Januar 1947.

Offizielle Begründung war der Kampf gegen die Partisanen der „Ukrainischen Widerstands-Armee“. Die Entscheidung fiel am 29. März auf der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei: „Unverzüglich sollten Ukrainer und gemischte Familien in die ‚Wiedergewonnenen Gebiete‘ hauptsächlich des nördlichen Preußens umgesiedelt werden – nicht in geschlossenen Gruppen und nicht näher als 100 km von der Grenze entfernt.“ Vorbereitung und Durchführung der Aktion waren von breit angelegter antiukrainischer Propaganda begleitet.

Zur operativen Einheit „Weichsel“ gehörten fünf Infanteriedivisionen, ein Pionierregiment, ein motorisiertes Regiment, ein Regiment mit Volkspolizei, ein Flugzeuggeschwader, eine Armeedivision des Korps für Innere Sicherheit mit 17 440 Soldaten und 500 Polizisten. Ziel war die Assimilierung der ukrainischen Bevölkerung. „Endgültige Lösung des Ukrainer-Problems in Polen“, waren die ersten Worte des Umsiedlungsprojekts. Vom Assimilierungscharakter der Aktion zeugen Programm und Art der Durchführung: Ansiedlung der Bevölkerung in verschiedenen, von einander entfernten Wohnorten, Zerschlagung nachbarschaftlicher und familiärer Gemeinschaft, Aussonderung der intellektuellen Elite und Inhaftierung in einem



Vertriebene ukrainische Familie aus dem Dorf Honiatyn (Chelm) während der „Operation Weichsel“.

(Foto: pv)

## DIE AKTION „WEICHSEL“

### Umsiedlung der ukrainischen Bevölkerung in Polen

**Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu massenhaften Umsiedlungen und Deportationen, wie etwa die Massendeportation polnischer Bürger ukrainischer Nationalität. Wir dokumentieren die gekürzte Fassung eines Vortrags, den Grzegorz Kuprianowicz, der an der Universität Lublin Geschichte lehrt, bei der diesjährigen Sommerakademie der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz in der Akademie Supraska in Nordostpolen gehalten hat.**

Lager, Verbot, den neuen Wohnort ohne Erlaubnis zu verlassen sowie Verbot allen kulturellen und religiösen Lebens der eigenen Tradition.

In der Nacht umzingelte die Armee die Ortschaften; im Morgenrauen mussten die Bewohner zum Appell antreten und wurden über die Aussiedlung informiert. Sie hatten nur fünf Stunden, ihr Hab und Gut zusammenzupacken. Der Treck wurde von der Armee zu einem Sammelpunkt eskortiert, der den Charakter eines Übergangslagers hatte. Der Sammelpunkt „ist die erste Etappe der Umsiedlung. Hier geschieht die erste Selektion. Ziel ist es, feindliche und unsichere Elemente auszusondern. Die so Eliminierten werden in andere Ansiedlungsgebieten dirigiert“, heißt es in den Instruktionen.

An den Sammelpunkten wurden Namenslisten erstellt. Von Verladestationen aus wurden die Umsiedler in Eisenbahntransporten zu den Zielorten gebracht. Sie wurden nicht informiert, wohin der Transport ging, und niemand durfte sich vom Konvoi entfernen. Jeglicher Kontakt mit der Bevölkerung war verboten. Die Wagen waren tagsüber auf einer Seite verschlossen, nachts auf beiden. Von Verteilungszentren aus wurden die einzelnen Wagen in ihre Bestimmungsorte dirigiert. Man versuchte, die Bewohner einer Ortschaft an un-

terschiedlichen, weit voneinander entfernten Orten anzusiedeln.

Die ukrainische Bevölkerung wurde durch diese Aktion überrumpelt und versuchte sich ihr zu entziehen. Die Kommandostelle des Bezirks Lubelsk notierte: „Anfangs stieß die Aktion auf große Schwierigkeiten, die Bevölkerung verließ Hab und Gut und floh in die Wälder.“ Eine Möglichkeit, der Umsiedlung zu entgehen, war die Konversion zum Katholizismus. In den ersten Wochen wurden verdiente ukrainische Familien oder solche, die mit den neuen Machthabern verbunden waren, von der Umsiedlung verschont. Doch bald entschied man, „alle ukrainischen Familien ohne Rücksicht auf Loyalität oder parteiliche Zugehörigkeit umzusiedeln“. In den neuen Gebieten sollten nicht mehr als je zehn Prozent der umgesiedelten Ukrainer pro Ortschaft angesiedelt werden, und zwar mindestens 50 Kilometer von der Landesgrenze, 30 Kilometer von einer Provinzhauptstadt beziehungsweise vom Meer entfernt. Am 30. September 1947 war die Aktion offiziell beendet; der letzte Transport startete am 10. Oktober. Insgesamt wurden nach Angaben des Generalstabs der Polnischen Armee 140 575 Personen umgesiedelt.

Wer beschuldigt oder verdächtigt wurde, mit dem ukrainischen Unter-

grund zusammenzuarbeiten, kam in das zentrale Arbeitslager in Jaworzno. Die Häftlinge waren dort extremen Bedingungen ausgesetzt. Sie wurden zu schwerer körperlicher Arbeit genötigt. In diesem Zusammenhang ist häufig von Schlägen, Hunger und sogar Folterungen die Rede. 3873 Menschen kamen ins Lager, darunter über 700 Frauen und Kinder. Mehr als 160 Personen fanden dort den Tod.

Die Aktion „Weichsel“ veränderte die Bevölkerungsstruktur in den zentralen und südöstlichen Gebieten Nachkriegspolens, die traditionell von Ukrainern bewohnt waren. Bedeutende Teile der ukrainischen Bevölkerung Polens büßten ihr Nationalbewusstsein ein. Jahrhundertlang gewachsene Gemeindestrukturen wurden zerschlagen, nachbarschaftliche und familiäre Bande zerrissen und das kulturelle Erbe jener Gebiete, aus denen die ukrainische Bevölkerung ausgesiedelt wurde, war zerstört. Religiöse Traditionen konnten nicht weiter gepflegt werden; viele konvertierten zur katholischen Kirche, andere wurden konfessionslos. In militärischer Hinsicht führte die Aktion „Weichsel“ zur „Vernichtung der Partisanen; im Zuge der Umsiedlung wurden ganze Dörfer entvölkert. In der polnischen Gesellschaft entstand eine negative Einstellung den Ukrainern gegenüber; und die Ukrainer fühlen sich bis heute benachteiligt und leben im Bewusstsein, großes Unrecht erlitten zu haben. Grzegorz Kuprianowicz

**Die ukrainische Bevölkerung wurde durch diese Aktion überrumpelt und wollte sich ihr entziehen.**

**A**usgangspunkt des EKD-Wortes ist die Erkenntnis, dass die Kirchen zwar nicht selbst Politik machen, aber sehr wohl Politik möglich machen wollen. Sie tun dies dadurch, dass sie der Politik Kriterien zur Orientierung an die Hand geben. Das Verhältnis zwischen der Denkschrift, die vor der Finanz- und Wirtschaftskrise veröffentlicht wurde, und dem Wort des Rats, das den Anspruch hat, eine Antwort auf die Krise zu bieten, ist dabei so zu bestimmen, dass das „Wort“ als Präzisierung der „Denkschrift“ aus aktuellem Anlass erscheint. Im Kapitel über die Ursachen der Krise weisen die Autoren explizit auf die Kontinuität hin, die beide Veröffentlichungen verbindet: „Mit der Denkschrift ‚Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive‘, die wir 2008 noch vor der Finanzmarktkrise veröffentlicht haben, bekräftigen wir: Durch die Globalisierung ‚ist auch die Verantwortung der Politik gewachsen, der Wirtschaft Rahmenbedingungen vorzugeben und ihre Einhaltung zu prüfen – eine Verantwortung, der die nationale Politik insbesondere mit internationalen Vereinbarungen gerecht werden muss.“

Die Ursachen der Krise werden im „Wort“ auf vier unterschiedlichen Ebenen verortet: Auf der politischen Ebene, allen voran im staatlichen Handeln, habe die Regulierung der Finanzprodukte und die Aufsicht über die Finanzmärkte mit der Entwicklung nicht mithalten. Deutlich wird gesagt, dass dies „zu erheblichen Tei-

geln von der Finanzindustrie gefordert und von den politischen Akteuren beachsichtigt“ war. Deshalb, so weiter, „widerstanden die Regierungen der Reduzierung staatlicher Einflussnahme nicht deutlich genug“. Außerdem wollten Banken des öffentlichen Sektors auf den Finanzmärkten wie private Banken agieren und ähnlich hohe Renditen erzielen. Das führte zu einer Interessenskollision bei denjenigen staatlichen Stellen, die eigentlich Aufsicht über die öffentlichen Banken führen sollten. Die Folge: „Als Mitakteur am Markt setzte der Staat die Regeln für die Märkte nur noch in unzureichender Weise durch.“

Als weitere Ebenen nennt das Wort die Rolle der Finanzmarkt- und Wirtschaftsunternehmen, die „individual-

ethische Dimension“ der Krise sowie die „allgemeine Mentalität des schnellen Geldes“. Mit dieser Differenzierung gelingt es dem „Wort“, den Zusammenhang herzustellen zwischen Strukturfragen, die das Handeln wirtschaftlicher Akteure leiten, und Mentalitätslagen, die dem wirtschaftlichen Handeln Legitimation in breiten Kreisen der Bevölkerung verschaffen. Die einseitige Kapitalorientierung der Banken und Unternehmen korrespondierte mit den übertriebenen Renditeerwartungen der Verbraucher, die ebenso wenig wie Banken und Unternehmen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Blick hatten, sondern nur die eigene Gewinnerwartung.

Als Ergebnis dieser Ursachenanalyse erwarten die Autoren des „Wortes“ eine Veränderung innerhalb der Wirtschaftstheorie. Diese werde nach der Krise nicht unverändert bleiben können, denn die Vorstellung von durchweg effizient funktionierenden Finanzmärkten sei widerlegt worden. In der bisher vorherrschenden Wirtschaftstheorie sei das Risiko einer umfassenden globalen Krise so gut wie ausgeschlossen gewesen, „weil sie auf der Annahme beruhte, dass im idealtypischen Markt aufgrund der Markttransparenz alle

Marktteilnehmer jederzeit umfassend informiert seien“. Diese Illusion der idealen Märkte, innerhalb derer Risiken durch Ratingagenturen scheinbar objektiv und für alle transparent bewertet werden können, sei nun zerstört, und es zeige sich, dass in der Wirklichkeit der Märkte mit Ungleichge-

wichten in der Information und der Kompetenz der Marktteilnehmer zu rechnen sei. Deshalb, so die Autoren des „Wortes“, komme dem gegenseitigen Vertrauen aller Beteiligten eine grundlegende Bedeutung zu.

Dieses paradigmatische Umschalten von Risiko auf Vertrauen klingt so, als kehre die Ethik endlich wieder zurück in jenen Bereich der Gesellschaft, der in den vergangenen Jahrzehnten wie kaum ein anderer dafür gestanden hat, moralfrei funktioniert zu haben. Damit wäre so etwas wie eine Rückbesinnung auf die besseren Tagen der Volkswirtschaftslehre eingeleitet, denn auch ein Adam Smith war seinem eigenen Verständnis nach in erster Linie Moralphilosoph und verstand seine ökonomische



Präsentation der EKD-Denkschrift zum unternehmerischen Handeln: Der Vorsitzende der Kammer für soziale Verantwortung Gert G. Wagner (links) mit Bischof Huber. (Foto: epd)

## WIEDER NEU DIE DANKBARKEIT FÜR DAS ERFAHRENE GUTE LERNEN

### Die Kirchen können in der Krise Orientierung in der Wirtschaftspolitik bieten

Die Evangelische Akademie der Pfalz ist gemeinsam mit der Katholischen Akademie Rhein-Neckar und den Industrieverbänden Neustadt (IVN) Träger des Arbeitskreises Kirche und Wirtschaft. Bei einem Treffen des Arbeitskreises in Neustadt hielt der Bamberger Sozialethiker und Theologieprofessor Heinrich Bedford-Strohm ein Impulsreferat, in dem er appellierte, zu einem „Klima der Solidarität“ beizutragen. Bedford-Strohm ist Mitverfasser der 2008 erschiene-

Theorie als Beitrag zur Wohlordnung der gesamten Gesellschaft und nicht nur des eh schon reicheren Teils von dieser.

Bedford-Strohm hob bei seinem Vortrag in Neustadt hervor, dass die Vorstellung des EKD-Ratswortes am 2. Juli 2009 in Berlin vor der versammelten Staatsspitze stattgefunden habe. Die Kirche werde also nach wie vor als wesentliche Quelle für gesellschaftliches Orientierungswissen gesehen. Möglicherweise sind die Kirchen die einzigen Institutionen, die, ohne um die eigene Glaubwürdigkeit aufgrund vorausgegangenen Handelns fürchten zu müssen, Sätze schreiben können wie diese: „Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das

Wirtschaften unmenschlich. In Zukunft bedarf es sowohl einer robusten Regulierung der Weltfinanzmärkte als auch einer wirksamen Regelung für die Haftung der ‚Verantwortlichen‘. Freiheit, die von der Verantwortung entkoppelt ist, zerstört sich am Ende selbst.“

Als Folge dieser Überlegungen präsentiert das Wort des Rats der EKD die Idee einer Fortschreibung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einem auf Nachhaltigkeit angelegten Wirtschaftssystem. Die soziale Marktwirtschaft sei ursprünglich angetrieben, einen Weg aus der Krise der freien Marktwirtschaft durch Integration des Leitbildes sozialer Gerechtigkeit zu suchen und müsse heute um die Gesichtspunkte der ökologischen Verträglichkeit und der interna-

nen Denkschrift des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“. Kürzlich erschienen ist ein Wort des Rats der EKD zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“, an dem Bedford-Strohm ebenfalls mitgearbeitet hat. Der folgende Beitrag stellt die wichtigsten Gedanken dieses Wortes vor und referiert zentrale Thesen aus Bedford-Strohms Vortrag.

nationale Gerechtigkeit ergänzt werden. Eine globale Rahmenordnung, die diese Idee verwirklichen wolle, brauche, so die Autoren des „Wortes“, drei Ziele: Eine Wirtschaft, die den Menschen heute diene, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören; sodann eine Weltgesellschaft, die Verbesserungen der Situation ihrer ärmsten und schwächsten Mitglieder zu ihrer Aufgabe macht, und schließlich ein Finanzsystem, das sich in den Dienst dieser Aufgabe stellt. Die große Gefahr bestehe jedoch darin, gerade angesichts der Krise in Denkmuster zurückzufallen, in denen wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung als Gegensätze begriffen würden.

Bedford-Strohms Blick auf wesentliche Passagen der vor dem Zusammenbruch des Finanzsystems veröffentlichten Denkschrift der EKD zeigt, dass die Evangelische Theologie ein Orientierungspotenzial bereithält, das unabhängig von aktuellen Ereignissen der Wirtschaftspolitik wichtige Impulse geben kann. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft, auf diese Stimme zu hören und nicht nur die zur eigenen Position passenden Stichworte herauszufiltern. Bedford-Strohm zitierte als Beispiel für eine eklektische Wahrnehmung der EKD-Denkschrift eine Passage aus der „Neuen Zürcher Zeitung“, in der zu lesen war: „Die Kirche schreibt selbstkritisch, ‚dass ein hoher moralischer Anspruch ohne ausreichende Kenntnis der

Sachzusammenhänge wirtschaftlichen Handelns zu Ratschlägen führe, die zwar Gerechtigkeit anstreben möchten, aber zuweilen das Gegenteil erreichten.“

Allerdings, so Bedford-Strohm, werde in diesem Zeitungsbeitrag die Fortsetzung des Gedankens der Denkschrift verschwiegen. Dort sei nämlich zu lesen: „Allerdings kann auch der immer wieder wiederholte Verweis auf wirtschaftliche Sachzwänge Ausdruck von Inkompetenz sein, wenn er blind ist gegenüber den grundlegenden Orientierungsfragen, die hinter vielen wirtschaftlichen Entscheidungen stehen.“ Die Kürzung des Zitats um diesen wichtigen Zusatz deutet darauf hin, dass kirchliche Selbstkritik zwar immer wieder gerne gehört wird, die Mahnung aber gerne verschwiegen wird, wenn die Kirche andere zur Selbstkritik auffordert.

Abschließend nannte Bedford-Strohm einige Aufgaben für die öffentliche Anwaltschaft der Kirche in Zeiten der Wirtschaftskrise. Als Erstes betonte er, dass es nötig und geboten sei, über die unterschiedlichen politischen Rezepte zu streiten. Aber gleichzeitig müsse klar sein, dass der christliche Glaube Grundorientierungen gibt, die das Denken und Handeln von Christen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft leiten können und leiten müssen.

Sodann forderte er, dass sämtliche Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Krise zu überwinden, sich letztlich immer in einem universal-menschheitlichen Horizont bewegen müssen. Dafür streite die Kirche, deren ökumenische Existenz als weltweiter Leib Christi zum Kern ihres Selbstverständnisses gehöre, mit dem sie stehe und falle. Anwältin sozialer Gerechtigkeit zu sein, heiße für die Kirche deswegen, die Stimme der Kirchen des Südens in die politischen Debatten der weltweiten Machtzentren unüberhörbar einzubringen.

Ob wir aus der Krise gestärkt hervorgingen, machte Bedford-Strohm davon abhängig, ob der Gesichtspunkt der „Reziprozität“ beachtet werde. Die Menschen in einer Gesellschaft müssten das Gefühl haben, dass sie im Prinzip alle von der gesellschaftlichen Zusammenarbeit profitieren. Appelle an die Opferbereitschaft der Bevölkerung, wie

sie wohl nach der Bundestagswahl verstärkt zu erwarten seien, widersprächen der Reziprozität, wenn es die Starken seien, die Opfer von den Schwächeren verlangten anstatt umgekehrt. Um dieses Reziprozitätsgefühl oder seine Gefährdung gehe es, wenn zu Recht vielfach davor gewarnt werde, dass als Ergebnis der Finanzmarktkrise die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert würden. Zukünftige Gewinne müssten für die Finanzierung der Krisenkosten verwendet werden, so der Bamberger Sozialethiker.

In diesem Zusammenhang sei es von zentraler Bedeutung, dass die Kirche, aber auch alle anderen gesellschaftlichen Organisationen der Zivilgesellschaft, allen voran die Parteien und ihre politischen Repräsentanten, alles tun, um ein Klima der Solidarität zu fördern, anstatt es zu konterkarieren. Wer jetzt noch durch die Lande ziehe und die Grundvoraussetzung staatlich organisierter Solidarität, nämlich die Steuern, als „Abkassieren“ bezeichne und angesichts der riesigen finanziellen Lasten, die zu schultern seien, die Spitzensteuersätze senken wolle, der beuge sich in akute Erklärungsnot gegenüber einem christlichen Verständnis sozialer Gerechtigkeit. Die Kirche müsse verstärkt geltend machen, dass die Freiheit eines Christenmenschen auch als entscheidender Grundsatz im Umgang jedes Einzelnen mit seinem Geld ihre Geltung habe.

Am Ende seiner Ausführungen mahnte Bedford-Strohm als theologische Grundorientierung eine Haltung der Dankbarkeit an. Vor allem in den reichen Ländern des Nordens müsse wieder neu die Dankbarkeit für das erfahrene Gute gelernt werden. Wer verstehe, dass alles, was wir sind und was wir haben, Geschenk sei, der könne diese Einsicht nicht für sich behalten. Das Wort Selbmademan, so Bedford-Strohm, sei aus dieser Perspektive eine glatte Häresie, und nur die Überwindung dieser Häresie führe letztlich in die Solidarität. „Weil wir wissen, wie sehr wir selbst das, was wir sind und was wir haben, anderen verdanken, weil wir es von unserem Glauben her als Geschenk Gottes verstehen dürfen, deswegen werden wir frei für andere“, schloss Bedford-Strohm.

Martin Schuck

**Rückbesinnung auf die besseren Tage der Volkswirtschaft eingeleitet.**

**Maßnahmen zur Überwindung der Krise sollen sich in einem universalen Horizont bewegen.**

# WEDER FRAU NOCH MANN?

## Studienleiter Georg Wenz über eine Tagung zum Islam

**Die 30. Journées d'Arras beschäftigten sich vom 1. bis 5. Juni in der Evangelischen Akademie des Rheinlandes in Bonn mit Fragen der Geschlechtergerechtigkeit im Islam. Seit 1980 treffen sich jährlich Islambeauftragte aus verschiedenen europäischen Kirchen, setzen sich in Vorträgen, Workshops und Einrichtungsbesuchen mit einem Schwerpunktthema auseinander und nutzen das Forum zu intensivem Austausch über die aktuellen Situationen und Entwicklungen des Islam in den einzelnen Ländern. Dieses Jahr nahmen 35 Teilnehmer aus 16 Ländern teil.**

Den Einstieg übernahm die Religionspädagogin Rabeya Müller vom „Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung e.V.“ in Köln. Mit ihren Forderungen, sowohl in der Koranauslegung als auch in der Religionsausübung die Türen für die Genderperspektive zu öffnen, setzte sie eine feministische Marke. Im Gegensatz zu den frauenfeindlichen Aussagen einflussreicher islamischer Gelehrter plädierte sie für einen hermeneutischen Aufbruch. Zentralstelle des Korans sei Sure 3:7. Die dort vollzogene Unterscheidung zwischen eindeutigen Koranpassagen und solchen, „die verschiedener Deutung fähig sind“, belege die Aufgabe einer aktiven Koranauslegung. Eine Schwierigkeit seien die konservativ patriarchalischen Denkstrukturen der muslimischen Organisationen, die den Einfluss geschlechtshierarchischer Lehrauffassungen sichern wollen. In diesen Männerdomänen gelten emanzipatorische Fragestellungen als a-religiös und setzten sich dem Vorwurf der Apostasie aus. So nimmt es nicht wunder, dass die Frauenforschungsstelle in den Moscheen kaum Präsentationsmöglichkeit findet.

Unterstützung erhofft sich Müller durch kritische Rückfragen der Dialogpartner. So dürfe die Frage nach der Berufung von Frauenimamen sich nicht mit „blumigen Antworten“ begnügen. Da der Islam keine Ordination oder Weihe kenne, stehe die Funktion des Vorbetens allen offen, die die Rezitationsvoraussetzungen erfüllten. Keiner der gängigen Verweigerungsgründe könne sich auf den Koran beziehen: Weder der Ausschluss vom Gebet während der Menstruation noch das in die Gebetshaltungen hineininterpretierte Verbot, Frauen dürften nicht räumlich vor Männern beten, sei göttliche Vorgabe. Auch die Abwertung der weiblichen Stimme als rituell verboten, fände keine Textbasis im Koran.

Mit diesem Beispiel leitete Müller auf den zweiten Aspekt der hermeneutischen Reform über. Auch die Sammlung von Aussprüchen und Lebensvorgaben Mohammeds, die als die Hadithen im sunnitischen Islam gleiche Autorität beanspruchen wie der koranische Text, müsse einer kritischen Sichtung unterzogen werden. Müller selbst führt dabei eine Rangordnung zwischen Koran und Hadith durch. Das ausschlaggebende Krite-

rium der Bewertung bilde der Koran. An seinen schöpfungstheologischen Aussagen und insbesondere an seiner Grundidee der göttlichen Gerechtigkeit sei zu messen, welcher Stellenwert einzelnen Hadithen zuzuweisen ist. Gerade frauenfeindliche Überlieferungen seien daraufhin zu prüfen, ob sie dem Koran widersprechen und gegebenenfalls als falsch zu qualifizieren.

Das Problem liege jedoch in der praktischen Durchführung: Frauengruppen in den Moscheen verteidigten eher die patriarchalischen Strukturen als sich Genderfragen zu öffnen. Zudem fehle eine akademische Infrastruktur, die den wissenschaftlichen Diskurs fördert. Ansätze zur Öffnung der hermeneutischen Diskussion über die Geschlechterproblematik sieht Müller in der Schaffung neuer Räume: in liberalen Moscheen, anonymen Hotlines und netzbasierten Chatrooms.

**Die „Neo-Muslima“ verkörpert eine Kombination von Religiosität und moderner Lebensauffassung.**

Naime Cakir fragte aus soziologischer Perspektive, warum junge praktizierende muslimische Frauen verstärkt unter Islamismusverdacht geraten. Sie verortete muslimische Frauen in westlichen Gesellschaften zwischen den Koordinaten Viktimisierung, islamistische Kriminalisierung, Rechtfertigungszwang und

Selbstbehauptung. Im Blick auf Wahrnehmungs- und Urteilsbildung schrieb sie der externen Identitätszuweisung ein größeres Gewicht zu als der innerislamischen Geschlechterdebatte. Mit dem Typus der „Neo-Muslima“, die eine Kombination von Religiosität

und moderner Lebensauffassung verkörperliche, stellte sie eine dritte Kategorie neben unterdrückte muslimische Frauen und islamische Feministinnen. So entstehen Biografien, die in der Verbindung von qualifizierter Ausbildung, Familie und religiösem Selbstbewusstsein einen eigenen Bei-

trag zur gesellschaftlichen Diskussion um die Verträglichkeit von Familie und Beruf leisten. Auch wenn die aus der Verknüpfung von Schöpfungstheologie und Biologismus gewonnene Begründung geschlechterbezogener Sozialrollen nicht zu überzeugen vermochte, so war es überraschend, hinter dem klassisch islamischen Erscheinungsbild jener Frauen und ihrer strengen Befolgung islamischer Vorschriften das eher westliche Moment der Individualisierung zu entdecken, mit dessen Hilfe sie sich aus familiären und traditionellen Kategorien und Einflussnahmen zu lösen vermögen. Ihr Trumpf liegt in der islamischen Kompetenz. Der Rekurs auf die religiösen Quellen erlaubt es ihnen, sich den elterlichen und männlichen Autoritätsansprüchen zu entziehen und sich sowohl in der eigenen Partnerwahl als auch im eigenen Bildungsweg zu behaupten. Konservativ gelebte Religion wird so zum Emanzipationsvehikel.

Vom Erfolg solcher Lebensentwürfe konnten sich die Konferenzteilnehmer im „Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.“ in Köln überzeugen. Innerhalb weniger Jahre ist es dort gelungen, ein breites Angebot an Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsarbeit aufzubauen. Treibende Kraft ist die religiöse Überzeugung auf ein selbstbestimmtes Leben. Dieses religiöse Emanzipationsrecht ist jedoch oft diffamierender Ablehnung ausgesetzt. Religiöse Kleidung wird nicht selten mit radikalem Islam identifiziert. In dieser Erfahrung, nicht in ihrem Streben nach einer zwar konservativ-religiösen, nach traditionellen Maßstäben jedoch emanzipierten Lebensgestaltung, sondern als vermeintliche Akteure der islamischen Unterwanderung der Gesellschaft wahrgenommen zu werden, liegt eine weitere Gemeinsamkeit der „Neo-Muslima“. Die These, trügen sie kein Kopftuch, würden sie aufgrund ihres Bildungsweges als Beispiel gesellschaftlicher Integration gelten, erscheint plausibel. Doch auch die umgekehrte Reaktionsweise ist einsichtig: Je stärker der äußere Druck auf Kopftuchverzicht, desto mehr identifizierten sie sich mit den zu Fremdheitssymbolen stilisierten, „von der Majorität als ‚unerwünscht‘ deklarierten“ Merkmalen.

Der in seinen Moschee-Frauenkreisen traditionelle Dachverband Ditib hat mit der Öffentlichkeitsreferentin und der Dialogbeauftragten Frauen, die sich äußerlich von den „Neo-Muslima“ unterscheiden, Führungsaufgaben übertragen. Dass muslimische Frauen ohne Kopftuch in Leitungsfunktionen muslimischer Einrichtungen erfolgreich sein können, beweist auch Zülfiye Kaykin, Geschäftsführerin der Begegnungsstätte an der größten deutschen Moschee in Duisburg. Georg Wenz



Teilnehmer der 30. Journées d'Arras in Bonn.

(Foto: pv)

# UNTERNEHMER WOLLEN WERTE

## Werner Simon über Arbeitgeber und Kirchen

Werner Simon ist Rechtsanwalt für Arbeitsrecht und Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) und Geschäftsführer der Industrieverbände Neustadt (IVN). In dieser Funktion ist Simon, der seit seiner Jugend kirchlich engagiert ist, auch im Arbeitskreis Kirche und Wirtschaft tätig. Außer vom IVN wird der Arbeitskreis von der Evangelischen Akademie Pfalz und der katholischen Akademie Rhein-Neckar getragen. Cornelia Kurth sprach mit Werner Simon für die „Protexzte“.

Für Werner Simon liegt kirchliches Engagement nicht im Widerspruch zur Interessenvertretung von Unternehmen und ihrer Verbände. Der studierte Jurist und Volkswirtschaftler, der sich auf das Fachgebiet Arbeitsrecht spezialisierte und schon bald die Geschäftsführung verschiedener Arbeitgeberverbände übernahm, ist

gleichzeitig von Jugend an verbunden mit der evangelischen Kirche. Als „gelernter Lutheraner“ gehörte er in seiner niedersächsischen Heimatstadt Wittingen zum kirchlichen Posaunenchor, er wurde in der „Diaspora“ Ostfriesland zum „geübten Reformierten“, der sich in Kirchenvorstand und Bezirkssynode engagierte, und ist nun Presbyter in der unierten Pauluskirchengemeinde von Hambach. Eine schöne Vollen- dung, wie er lächelnd sagt.

„Ich sehe die Arbeit der Arbeitgeberverbände, die unter anderem die Tarifverträge mit den Gewerkschaften aushandeln, als eine Sozialpartnerschaft, innerhalb derer ein christliches Weltbild dazu beiträgt, die Maßstäbe für einen gerechten, sozialen Ausgleich zu bieten“, so Simon. „Dabei fühle ich mich christlichen Werten verbunden, die betonen, dass

jeder Mensch nicht nur die Pflicht hat, sondern auch die Möglichkeit erhalten soll, sich mit seinen Gaben einzubringen.“ Als Vertreter der Arbeitgeberseite betrachte er sich nicht als Gegner der Arbeitnehmer, wohl aber als jemand, der den Ausweg aus der Krise in der Leistungsbereitschaft der Einzelnen sehe.

„Um das Beispiel des Sankt Martin, der seinen Mantel mit einem Bedürftigen teilt, überspitzt aufzugreifen: Es wäre sicher sinnvoller, den Mantel nicht zu zerschneiden, sondern dem Armen eine Stelle anzubieten, damit er sich seinen Mantel erarbeiten kann.“

Die Mitarbeit im „Arbeitskreis Kirche und Wirtschaft“ innerhalb der Evangelischen Akademie der Pfalz reize ihn sehr: „Auch Unternehmer leben nach einem verbindlichen Wertesystem“, sagt er. „Die große Mehrheit sieht in der Unternehmensführung mehr als nur ein Mittel zum Geldverdienen.“

Was die Arbeitgeberseite ihrerseits den Kirchenvertretern zu bieten habe, sei eine Aufklärungs- und Ratgeberfunktion. „Früher überwog von kirchlicher Seite her die Kritik an der Wirtschaft. Heute aber weiß auch die

Kirche als großer Arbeitgeber, wie begrenzt die Geldmittel sind. Rational mit ihnen zu wirtschaften, bedeutet nicht unsozial, unchristlich zu werden.“ Er wolle dazu beitragen, ein realistisches Unternehmerbild zu vermitteln, das trotz der Ausrichtung auf Gewinn den Menschen nicht aus den Augen verliere. Cornelia Kurth



Werner Simon.

(Foto: pv)

## ZITIERT

Richtig verstanden ... ist unternehmerisches Handeln auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtet. Es ist keine konsumierende, sondern eine erhaltende Tätigkeit; der wirksame Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel führt zur langfristigen Schonung von natürlichen wie auch sozialen Ressourcen. Auf dieses Grundverständnis gilt es sich heute wieder zu besinnen ... Angesichts der Veränderungen besonders durch den globalen Wettbewerb stellt sich die Frage, wie viele „klassische“ Unternehmer es künftig noch geben wird. Wenn tatsächlich immer weniger in Innovation und in die Zukunft einer Unternehmung investiert wird, weil schnell hohe Gewinne erzeugt und Dividenden ausgeschüttet werden müssen, bleiben die Tugenden der großen Unternehmergestalten wie Robert Bosch, Ernst Werner von Siemens oder Carl Zeiss auf der Strecke. Wo nur noch Firmen übernommen werden, die schon existieren, um kurzfristig so viel Geld wie möglich mit ihnen zu verdienen, löst sich das verantwortliche unternehmerische Ethos auf. In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert inzwischen oft ein Unternehmertyp, der die Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft nicht mehr repräsentiert: Er ist der Manager eines Großbetriebes, der nur eine möglichst hohe Dividende für die Anteilseigner im Blick hat, dabei wenig Rücksicht auf die Beschäftigten nimmt, in keiner Weise mit seinem persönlichen Vermögen haftet und beim eigenen Scheitern auch noch Abfindungen in Millionenhöhe kassieren kann.

Aus der EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“, 2008

**Christliches Weltbild schafft Maßstäbe für gerechten Ausgleich zwischen den Sozialpartnern.**

## Freunde suchen Freunde

**Einladung zur Mitgliedschaft.** Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

**Ihre Vorteile als Mitglied:** > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protexzte, die Speyrer Texte, die Speyrer Protokolle und die Speyrer Briefe.



Andreas Herting, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied:  
Rufen Sie uns einfach an,  
wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen,  
Telefon 06232/6020-0, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de.  
Oder schreiben Sie uns kurz:  
Evangelische Akademie der Pfalz,  
Domplatz 5, 67346 Speyer

GESELLSCHAFT DER FREUNDE  
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE  
DER PFALZ E.V.

## TAGUNG ZUR ZUWANDERUNG

Wie lassen sich Zuwanderung und Integration menschenwürdig und gerecht gestalten? Angesichts des demografischen Wandels und des absehbaren Fachkräftemangels gewinnt diese Frage besondere Bedeutung – gerade für die Industrie- und Wissenschaftsregion im Rhein-Neckar-Dreieck. Deshalb lädt die Evangelische Akademie der Pfalz am 20. und 21. November 2009 Akteure aus der Metropolregion ein, über tragfähige Zuwanderungsperspektiven nachzudenken.

Eine menschenwürdige Gestaltung von Zuwanderung und Integration ist eine der großen Zukunftsaufgaben in Deutschland. Die Rahmenbedingungen sind im Wandel begriffen. Schon jetzt zeichnet sich in Deutschland ein erheblicher Fachkräftemangel ab. Noch ist im Bereich der Zuwanderungspolitik wenig Bewegung zu verzeichnen – aber die Debatten werden intensiver. Die Herausforderungen für die Rhein-Neckar-Region sind Thema dieser Tagung für Akteure und engagierte Bürger.

Das protestantische Bildungszentrum Butenschoen-Haus in Landau bietet beste Voraussetzungen, nachhaltige Lösungen zu entwickeln – in der Südpfalz, mit Abstand vom Alltagsgeschäft und frei von unmittelbaren Handlungszwängen. Was kommt auf die Metropolregion Rhein-Neckar zu? Wie sind die ökonomischen Aussichten? Welche zuwanderungs- und integrationspolitischen Notwendigkeiten ergeben sich? Was sind die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft in den Herkunftsländern? Welche sozialethischen Standards sind zu beachten?

Zu Gast sind neben anderen die rheinland-pfälzische Landesbeauftragte für Migration und Integration Maria Weber, der Politologe und stellvertretende Vorsitzende des Rates für Migration Dieter Oberndörfer (Universität Freiburg), der evangelische Sozialethiker Franz Segbers

(Universität Marburg), Wolfgang van Vliet (Beigeordneter der Stadt Ludwigshafen) und Memet Kilic (Vorsitzender des Bundesausländerbeirats). Vorgestellt wird das Demografie-Projekt der Stadt Stuttgart. Praxisberichte gibt es von der Flüchtlingsarbeit des Diakonischen Werks, von den Personalstrategien der BASF AG und des Deutschen Krebsforschungszentrums und aus dem Projekt „Vorsprung durch Vielfalt“ der Landesregierung. Und Handan Akkaya-Kapan singt türkische Chansons.

Eingeladen zur Tagung in Landau sind Vertreter aus Wirtschaft, Kirche, Politik und Nichtregierungsorganisationen, Mitarbeiter aus öffentlichen, kirchlichen und freien Einrichtungen sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger. Die Tagung gehört zur Reihe „Zukunftsfragen von Integration und Migration in Deutschland“, die von den Evangelischen Akademien in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flucht veranstaltet werden. Anmeldung zur Tagung bis zum 10. November 2009 bei der Evangelischen Akademie der Pfalz. *Christoph Picker*

20.–21. November 2009, Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus, Landau

*Auf dem Weg in die Zuwanderungsgesellschaft – Demografische, integrationspolitische und ethische Herausforderungen in der Region*

## AKADEMIEPROGRAMM

Stand Oktober 2009 > [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

27. Oktober, Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Landau, 19 Uhr  
**Wiederentdeckung des Staates? – Sozialstaat und freie Wirtschaft**

Am ersten Abend in der vierteiligen Reihe der Akademiegespräche diskutieren der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach (Philosophisch-Theologische Hochschule St. Georgen) und der Volkswirt Axel Börsch-Supan (Universität Mannheim). In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut Landau.

6.–8. November, Haus Mühlberg, Enkenbach  
**Chancen und Risiken der modernen Neurowissenschaften – Ethische, rechtliche und soziale Fragen**

Das Verständnis der Gehirn- und Nervenfunktionen hat sich in den vergangenen Jahren stark erweitert, und damit auch die Einsicht in degenerative Prozesse im Gehirn. Innovative Therapien werden entwickelt, sind aber auch mit ethischen Problemen verbunden. Medizinische Chancen und ethische Fragen müssen geprüft werden. Für Jugendliche.

14. November, Diakoniezentrum Bethesda, Landau, 10–16 Uhr  
**Pfälzischer Hospiztag – Ehrenamt und Professionen in der ambulanten Hospizarbeit**

Auch in Rheinland-Pfalz gilt es, den Rechtsanspruch auf eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung umzusetzen. Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich dabei für die Zusammenarbeit von Hospizfachkräften, ehrenamtlichen Hospizhelfern, Hausärzten, Palliativmedizinern, Pflegekräften, Kassenvertretern, Seelsorgern und Angehörigen? Mit Informationen, Workshops und einem Impulsvortrag des Medizinethikers Klaus Dörner (Universität Hamburg). In Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Hospizhilfe Pfalz/Saarpfalz.

17. November, Festsaal der Universität Koblenz-Landau, Landau, Bürgerstraße 23, 19 Uhr

**Forum Theologie: Schöne neue Welten – Platz für Gott?**

Erster Vortragsabend einer dreiteiligen Reihe. In Zusammenarbeit mit der Universität Landau. Die Religionswissenschaftlerin Nadja Miczek analysiert neue Angebote der Sinnsuche. Das Internet steht dabei für ein Zweifaches: Es informiert scheinbar objektiv über Religion, und es bietet eine Plattform für recht bizarre Heilsversprechungen.

27. November, Industrie- und Handelskammer, Ludwigshafen, 18 Uhr  
**Verleihung des Jugendpreises der Jungen Akademie**

Der Preis würdigt junge Menschen, die sich gesellschaftlich, kulturell, politisch, kirchlich oder karitativ engagieren und die Horizonte ihres Engagements intensiv durchdenken. Neben der feierlichen Preisverleihung werden beispielhafte Projekte junger Leute vorgestellt.

15. Dezember, Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Landau, 19 Uhr  
**Wiederentdeckung des Staates? – Verfassungsstaat und Unrechtsregime**

Erfahrungen einer doppelten Vergangenheit sind Thema des Akademiegesprächs mit dem Theologen und Politiker Richard Schröder und dem ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts Ernst Gottfried Mahrenholz. In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut Landau.

22.–23. Januar 2010, Haus Mühlberg, Enkenbach

**Krieg und Frieden in der Pfalz – Christentum und Kirche seit dem Ersten Weltkrieg**

Bei den Kriegen und bei den Bemühungen um Frieden im 20. Jahrhundert lag die Pfalz häufig im Zentrum des Geschehens. Die Tagung nimmt die Mitverantwortung der pfälzischen Kirche für die Eskalation von Konflikten genauso in den Blick wie ihre friedensstiftende Kraft. Zum Abschluss stellt Bärbel Wartenberg-Potter, gebürtige Pfälzerin und Lübecker Bischöfin i.R., die Frage nach dem aktuellen Friedensauftrag von Theologie und Kirche. In Zusammenarbeit mit dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte.

e-mail: [info@eapfalz.de](mailto:info@eapfalz.de) > [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

## WAS WOLLEN SIE WISSEN?

**So kommen Sie an mehr Informationen:** Rufen Sie uns an unter 0 62 32/60 20-0 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 62 32/60 20-22 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

Vorname  Name

e-mail  Beruf

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel. privat  Tel. dienstlich